

## Rede von Wolfgang Schüssel vor dem Nationalrat (Wien, 20. September 2000)

**Quelle:** Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XXI.; 36. Sitzung. 20.09.2000. Wien.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_wolfgang\\_schuessel\\_vor\\_dem\\_nationalrat\\_wien\\_20\\_september\\_2000-de-ff5569f0-eea3-4175-8db4-171e2c37ddd3.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_wolfgang_schuessel_vor_dem_nationalrat_wien_20_september_2000-de-ff5569f0-eea3-4175-8db4-171e2c37ddd3.html)

**Publication date:** 07/09/2012

## Rede von Wolfgang Schüssel vor dem Nationalrat (Wien, 20. September 2000)

Herr Präsident! Hohes Haus! Vor etwas weniger als einem Jahr ist gewählt worden, und zwar am 3. Oktober 1999. Vor acht Monaten, am 31. Jänner, sind Sanktionen von 14 EU-Staaten gegen Österreich verhängt worden, und am 4. Februar – also erst nachher! – kam es unter wahrhaft dramatischen Umständen zur Angelobung dieser Bundesregierung, die jetzt auf der Regierungsbank versammelt ist. Wenn wir zurückblenden, was damals alles gesagt, befürchtet, geschrieben wurde, dann ist es wichtig, sich das noch einmal in Erinnerung zu rufen und zu sehen, wo wir heute stehen. Es wurde damals befürchtet, Österreich würde eine Art "Naziland" werden, österreichische Politiker sind mit Hitler verglichen worden, in Karikaturen wurde die Errichtung von Konzentrationslagern beschworen, es wurde die Verfolgung von Minderheiten, von Flüchtlingen, von Migranten und überhaupt eine Blockade des Erweiterungsprozesses, eine Blockade der Union befürchtet.

Meine Damen und Herren! Bewerten Sie selbst, was von diesen vor acht Monaten geäußerten Befürchtungen real gewesen ist und was wir mit einer, wie ich glaube, klugen und umsichtigen Politik erreicht haben! Ich meine, dass man als Österreicher heute doch mit Stolz sagen kann, dass wir sensibel auf die damals geäußerten Ängste und Sorgen reagiert und versucht haben, den Menschen Angst zu nehmen und nicht Angst und Sorgen zu verstärken. Das ist mir wichtig. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Es war, meine Damen und Herren, nicht nur die Regierung betroffen – das sei hier auch einmal gesagt. Natürlich ging es auch um die Rolle der Regierung, um die Ausgrenzung demokratisch gewählter Repräsentanten eines Landes, aber es ging viel tiefer: Es ging um die Einstellung unseres Landes zu seiner Geschichte. Es ging um die Frage, wie wir von außen gesehen werden, und auch darum, wie wir uns selber sehen, was Österreicher über unser Land im Ausland sagen, welches Bild verbreitet wird.

Es sind Projekte gestoppt worden, die wichtig waren und sind, Schüleraustauschprogramme wurden zeitweise in Frage gestellt, Wissenschaftsprojekte abgebrochen oder in Frage gestellt, Künstler ausgeladen. Mit Urlaubsboykott wurde gedroht – später hat man sich Gott sei Dank dafür entschuldigt –, und insgesamt wurde eine Welle, eine geradezu hysterische Welle ausgelöst, die in Österreich eine Gegenreaktion bewirkt hat.

Ich sage auch: Es ist etwas ganz Normales und eine uralte Regel, dass man dann, wenn ein Land angegriffen wird, versucht, zusammenzustehen. Leider war das am Anfang nicht immer der Fall. Ich sage das hier auch sehr offen: Ich bedauere dies, wir haben uns sehr bemüht, und ich habe hier auch viel investiert. Ich bin aber froh darüber, dass am Ende wenigstens dieser Konsens, dass in einer schwierigen Situation Österreich, seine Demokraten, seine Bürger zusammenstehen müssen, gegeben war und gegeben ist – denn das ist wichtig für uns! (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Das hat nichts, meine Damen und Herren, mit falschem Patriotismus, mit einem Hurra-Patriotismus zu tun. Aber ich werde nicht aufhören, mit Zähnen und Klauen darum zu kämpfen, dass "Heimat", "Vaterland" und "Patriotismus" Begriffe sind, die man auch heute im 21. Jahrhundert verwenden darf und kann. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Über die Entstehung der Sanktionen kann und will ich hier nichts sagen, weil ich darüber keine Informationen aus erster Hand habe. Jene, die dafür verantwortlich waren und sind, werden das mit ihrem Gewissen und sicher auch vor der Zeitgeschichte auszumachen haben. Wir in der Regierung haben eigentlich immer unseren Blick auf die Bewältigung der Gegenwart und vor allem der zukünftigen Fragen für unsere Heimat gerichtet.

Wir haben vom ersten Tag an keinen Vertrauensvorschuss bekommen. Im Gegenteil! Sie haben uns noch vor der Präsentation der Regierungserklärung mit einem Misstrauensantrag versehen. Wir können damit leben. Ich habe als Regierungschef hier mehr Zeit verbracht als jeder meiner Vorgänger, weil es mir als langjährigem Parlamentarier wichtig ist, dass die Auseinandersetzung hier in diesem Hohen Hause, vor den gewählten Volksvertretern stattfindet und nicht draußen auf der Straße bei Demonstrationen oder Blockaden. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Hier muss die Auseinandersetzung stattfinden! Hier müssen Sie sich als Opposition bewähren, und hier müssen wir uns als Regierung, als Parlamentarier, die diese Regierung unterstützen, vor dem österreichischen Souverän, dem einzigen, dem wir wirklich verantwortlich sind, nämlich dem österreichischen Wähler – und nicht irgendwelchen anderen Instanzen –, rechtfertigen. Das ist mir wichtig, und das ist auch eine Lehre aus diesen Sanktionsmonaten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Ich sagte – und ich meine das ehrlich –, wir haben die Sorgen, die am Anfang in Leitartikeln, in vielen E-Mails oder Briefen, in persönlichen Gesprächen geäußert worden sind, sehr ernst genommen und haben daher auch versucht, in den ersten sechs, sieben Monaten ein reichhaltiges Themenbouquet an wichtigen Initiativen zu präsentieren. Dazu gehören etwa die Verbesserung der Rechte der Minderheiten, der Volksgruppen in Österreich, das Aufarbeiten der Geschichte, die Zwangsarbeitereinigung, die Integrationsbemühungen und die Armutsbekämpfung, die in vielen Bereichen ernst genommen wird. Einige Themen haben Sie ja heute in der Früh schon diskutiert. Auch die Sorgen der Erweiterungskandidaten wurden von uns ernst genommen und, wie ich glaube, in einer sehr vernünftigen Art und Weise behandelt.

Ich danke Ihnen auch, dass viele dieser wichtigen Themen trotz der sehr emotionalen und kontroversiellen Debatten hier im Hohen Hause manchmal einstimmig beschlossen worden sind. Das ist österreichisch, denn ich glaube, nur in wenigen anderen europäischen Ländern wäre bei einer so aufgeheizten emotionalen Diskussion dennoch ein so großer Konsens dagewesen. Ich bedanke mich ausdrücklich hier beim Hohen Haus. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Wir haben – die Frau Vizekanzler, das ganze Team und ich – in diesen Monaten versucht, unser Land mit Besonnenheit und Festigkeit zu führen. Ich habe ein wenig schmunzeln müssen, als am Wochenende, am Sonntag, Kardinal Schönborn in seiner beachtlichen Predigt in Mariazell den großen christdemokratischen Gründer der Europäischen Union, den ehemaligen französischen Außenminister Schuman zitiert hat, der drei Ratschläge an seine Politikerkollegen hatte:

Erstens: nicht dramatisieren, zweitens: einen gewissen Humor in der Politik bewahren, auch wenn es schwer fällt, und drittens, was noch schwerer fällt: Wenn man Schläge einstecken muss, sie nicht eins zu eins zurückgeben. – Wir sind nicht perfekt, meine Damen und Herren, und beim dritten Punkt müssen wir, glaube ich, alle noch an uns arbeiten. Aber es sind kluge Ratschläge, die uns hier Kardinal Schönborn von Schuman, dem Gründer der Union, mit auf den Weg gegeben hat. Wir wollen sie beherzigen. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Nun sind seit 12. September, 19 Uhr, die Sanktionen aufgehoben, sie sind Geschichte. Befreiung, ein Gefühl der Erleichterung, auch Freude – ich sage das ganz bewusst – haben uns erfüllt. Wir haben uns wirklich gemeinsam gefreut für uns, aber vor allem für das Land, denn wir haben damit die Hände wieder frei für die Arbeit in Europa, aber natürlich auch in Österreich.

Es drängt mich an dieser Stelle auch, einigen Dank abzustatten. Erstens: Dank an viele, viele Österreicher, auch an manche, die am Anfang sehr skeptisch gewesen sind, wie es denn eigentlich gelingen wird, die dann doch gesehen haben, das verdient Vertrauen, was hier von Seiten der Regierung geschieht. Diese Menschen haben uns sehr viel Kraft und Unterstützung gegeben. Danke allen, die uns diesen Vertrauensvorschuss gewährt haben, den die Opposition verweigert hat! (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Zweitens sei Tausenden – wirklich Tausenden! – EU-Bürgern gedankt, die uns in Briefen, in E-Mails, in persönlichen Gesprächen Mut gemacht und gesagt haben, dass sie nicht der Meinung ihrer Regierungen seien. Auch das ist wichtig, denn Europa ist natürlich nicht nur das, was die Regierungen darstellen, Europa ist sehr viel mehr.

Ein drittes Dankeschön geht an die Nachbarn, an die Schweiz, an Liechtenstein, an Ungarn, Bayern, Südtirol, Baden-Württemberg, die uns entweder in schwieriger Zeit zu Staatsbesuchen empfangen haben oder ganz bewusst als Zeichen nach Wien gekommen sind und uns besucht haben. Das ist nicht

selbstverständlich, muss aber hier erwähnt werden, und es sei bedankt – öffentlich! (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.) Schön wäre es gewesen, wenn bei diesem Punkt alle applaudiert hätten.

Ich danke auch den Mittel- und Osteuropäern, die mit einer Ausnahme nicht bei dieser Kollektivfehlerentscheidung der 14 mitgemacht haben, sondern ein positives Verhältnis zu Österreich bewahrt haben, die sehr klug auch in diese europäische Zukunft investiert haben. (Zwischenruf des Abg. Mag. Posch.) Ich sage Ihnen ganz offen: Dies ist auch für uns ein Auftrag, nämlich dann, wenn etwa die Erweiterungskandidaten Probleme haben, ebenfalls mit gewisser Sensibilität darauf einzugehen, was dort gewünscht ist. Ich möchte mich hier ausdrücklich bedanken. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Ich danke der Mehrheit im Europäischen Parlament, die mit Mehrheitsabstimmung für Österreich abgestimmt haben, und ich danke auch der Europäischen Kommission, die jedenfalls am Ende ganz massiv und eindeutig richtigerweise Stellung bezogen hat.

Interessant ist natürlich auch der Bericht der drei Persönlichkeiten, die ebenfalls Dank verdienen. Sie haben den ganzen Sommer geopfert und haben für die 14 einen Ausstiegsweg ermöglicht. Dieser Bericht ist lesenswert. Er ist differenziert – überhaupt keine Frage –, und er ist, wenn man ihn dann liest, in der Zusammenfassung für Österreich eigentlich eine wirklich positive Gesamtdarstellung.

Wenn die drei Persönlichkeiten in Artikel 108 ihres Berichtes sagen: "auf der Grundlage einer gründlichen Untersuchung ist es unsere" – "unsere", nicht gesagt von irgendjemandem, sondern "unsere" – "wohlerwogene Auffassung, daß die österreichische Regierung" – alle – für die gemeinsamen europäischen Werte eintritt." "In manchen Bereichen, vor allem bei den Rechten nationaler Minderheiten, können die österreichischen Standards als den in anderen EU-Staaten überlegen angesehen werden."

Ich danke den drei Persönlichkeiten für diesen ausgewogenen Bericht. Wir lesen natürlich auch die kritischen Sätze mit Interesse, und wir werden auch nachdenklich die Empfehlungen, die enthalten sind, in die tägliche Arbeit umsetzen. Es ist jedoch wichtig, dass mit diesem Dokument ein Ausstieg ermöglicht wurde, den Europa, den die 14, aber auch Österreich gebraucht hat – ein Danke! (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Jetzt ist die Stunde der Einsicht gefragt: Was folgt aus all dem? – Es ist ja schon interessant, jetzt etwa zu lesen, was Romano Prodi sagt – wörtliches Zitat, im letzten "Format" abgedruckt –: "Das wird nicht wieder geschehen.", nämlich dass es ein Einfrieren bilateraler Kontakte wie im Fall Österreich gibt.

Auch der dänische Außenminister etwa sagt in derselben Ausgabe: Ich persönlich glaube nicht, dass wir nochmals so eine Reaktion wie jene gegen Österreich sehen.

Auch der luxemburgische Ministerpräsident wurde zitiert. Er sagte: Ich zweifle, ob wir wirklich alles richtig gemacht haben in dieser Frage.

Ich meine daher, die Stunde der Einsicht tut uns allen gut, auch uns in Österreich. Auch wir brauchen nicht in ein Triumphgeheul auszubrechen, denn ein solches ist weder notwendig noch – meiner Meinung nach – angebracht. Aber die Erleichterung, die wir empfinden, sollten wir als Antriebskraft nützen, um uns jetzt auf die wesentlichen Aufgaben in Europa zu konzentrieren. Was könnte das sein?

Erstens: Österreich muss seinen Platz im Herzen Europas einnehmen und verteidigen. Meine Damen und Herren! Wir werden österreichische Interessen nicht opfern, niemandem opfern, wenn er glaubt, uns aus Berlin, Paris, Brüssel oder von sonst wo zurufen zu müssen, was zu geschehen hat. Österreichische Interessen sind wichtiger als so manches andere, das uns in den letzten Wochen zugerufen wurde. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Das gilt für die Rechte betreffend das österreichische Wasser, das gilt aber auch für die Sicherheit von Kernkraftwerken – sehr interessant ist in diesem Zusammenhang eine Aussage von Romano Prodi, nämlich:

Wenn die Beitrittskandidaten beitreten, gelten auch für ihre Atomkraftwerke europäische Regeln!; eine Aussage, die man sich merken sollte –, und das gilt auch für die österreichische Vertretung in allen europäischen Institutionen.

Zweitens: Europa braucht eine neue Verfassung, eine klare Aufgabenverteilung. Es geht darum: Was soll auf europäischer Ebene, was soll nationalstaatlich, was soll regional gelöst werden? – Dieser Punkt muss unmittelbar nach der Regierungskonferenz in Angriff genommen werden.

Drittens: Es ist klar, dass an einer Wegkreuzung – und vor einer solchen stehen wir – Angst und Unsicherheit herrschen: die Angst der Kleineren vor den Größeren, die Angst der Schnellen vor den Bremsern und umgekehrt, die Angst der Alten, der etablierten Alt-Mitglieder, vor der Erweiterung, vor den Neuen, die Angst der Reichen vor denen, die ihnen irgendetwas wegnehmen könnten. Wofür ich sehr plädiere ist, dass man, wenn jemand Kritik an Entwicklungen äußert, behutsam damit umgeht, denn das ist noch lange nicht antieuropäisch. Das ist eine wichtige Lehre, die zu ziehen ist, wofür ich sehr plädiere. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Man sollte auch mit Worten wie "Kern" oder "Avantgarde" sehr behutsam umgehen. Ich zitiere jetzt jemanden, der sich in den letzten Wochen und Monaten bemerkenswert zurückgehalten hat – auch das sei bedankt –, nämlich den französischen Außenminister Hubert Védrine, der in einem Artikel der "Financial Times" wörtlich erklärt:

Seien wir vorsichtig mit Konzepten wie "hardcore" – also Kern – oder "Avantgarde", die eigentlich mehr teilen als vereinen. Wir müssen alles auf die Seite schieben, was neue, willkürliche Unterscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten schaffen könnte. – Zitatende.

Chris Patten, der sehr beachtliche außenpolitische Kommissar der Union – ein Brite –, warnt vor jedem Versuch, die Union über ein Direktorat der großen Staaten auf Kosten der kleinen oder mittleren zu leiten. Zu leicht könnte dies zu einem Europa der Bevorzugten und der Benachteiligten führen. Und den Beitrittskandidaten dürfe man nicht zu verstehen geben, dass sie in der Küche essen müssen, während die Herrschaften im ersten Stock speisen. – Das ist ein Auftrag für uns.

Auch direkte Demokratie kann ihren Platz in einem solchen Europa haben. Wir haben dies mit dem Versuch einer Volksbefragung ernst gemeint, und wir lassen uns diesen Versuch nicht schlecht machen – und er hat auch gewirkt. Nicht in jedem Fall wird er richtig und notwendig sein, aber ausschließen darf man ihn nicht. (Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)

Letzter Punkt: Die Erweiterung ist für uns eine historische Chance. Wir wollen daher die aktive Nachbarschaftspolitik im Herzen Europas sinnvoll vorantreiben: durch politische Kontakte, durch Bildung – es gibt etwa österreichische Schulen in Prag, in Budapest, 75 Lektorate, Österreich-Bibliotheken und so weiter. Diese aktive Nachbarschaftspolitik kann in Zukunft in Europa ein Trumpf sein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Lang anhaltender Beifall bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)